

Beschluss des 108. Landesparteitags der FDP/DVP  
Baden-Württemberg am 5.01.2012

**Neue Finanz- und Wirtschaftspolitik: ein grün-roter Offenbarungseid**

Nicht erst die derzeitigen weltweiten Turbulenzen rund um ausufernde Defizite verschiedener Staaten haben gezeigt, wie wichtig eine solide Finanzpolitik ist. Gelingt es nicht, die Schulden auf einem tragfähigen Niveau zu halten, gerät die Stabilität unserer Volkswirtschaft und unserer Währung in Gefahr. Nicht zuletzt deshalb hat Deutschland bereits vor der Krise ein Verschuldungsverbot ins Grundgesetz aufgenommen. Dafür haben gerade Liberale aus Baden-Württemberg lange gekämpft. Wir haben in unserer Regierungsbeteiligung im Land dafür gesorgt, dass das Land 2008 und 2009 erstmals seit 1972 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt hat. Daran gilt es jetzt anzuknüpfen. Ziel muss es nicht nur sein, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, sondern auch den Schuldenstand des Landes zu reduzieren.

Die Voraussetzungen dafür sind günstig: Die gute wirtschaftliche Lage, mit einem unerwartet hohen Wachstum, einem kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und dem inzwischen höchsten jemals erreichten Beschäftigungsstand in Deutschland bringt für den Landeshaushalt weit über den Erwartungen liegende Steuereinnahmen mit sich. Die Nettosteuerereinnahmen des Landes liegen im Vergleich zum vor einem Jahr verabschiedeten Haushalt 2011 um mehr als 2 Milliarden Euro höher. Für 2012 werden darüber hinaus noch einmal 1,1 Milliarden mehr als in der Steuerschätzung vom vergangenen Mai erwartet. Die Landesregierung hat zu dieser Entwicklung nichts beigetragen; aber sie profitiert davon.

Dessen ungeachtet hat sich die Landesregierung erst dann zu ausgeglichenen Haushalten 2011 und 2012 bekannt, als dies – jedenfalls für 2011 – gar nicht mehr zu vermeiden war. Und sie tut konsequent nichts, um Vorsorge für die kommenden Jahre zu treffen, in denen die Steuereinnahmen vielleicht nicht mehr so sprudeln werden wie zurzeit. Strukturell wirksame Einsparungen fehlen im Haushaltsentwurf 2012 fast vollständig.

Neue Stellen werden geschaffen: etwa 200 in den Ministerien, das entspricht einem Zuwachs von rund 7%, im Wesentlichen für grüne und rote Parteigänger. Hinzu kommen noch einmal 200 weitere Stellen in nachgeordneten Bereichen der Ministerien. Gleichzeitig werden Stellenabbauprogramme der Vorgängerregierung gestreckt und das Konzept der Schaffung flexibler Lebensarbeitszeitkonten wird beiseite gelegt.

Die Personalausgaben steigen deswegen. Dafür soll die große Masse der Beamtinnen und Beamten zahlen, denen im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten des Landes eine Verschiebung der Gehaltsanpassung um bis zu acht Monate und eine erhebliche Schlechterstellung bei der Beihilfe zugemutet wird.

Auch die Belastung künftiger Haushalte durch Pensionsleistungen wird damit weiter erhöht. Gleichwohl hat Grün-Rot es abgelehnt, jetzt für künftige Pensionsleistungen stärker Vorsorge zu treffen, indem die Zuführungen zum 2008 geschaffenen

Pensionsfonds des Landes erhöht werden. Selbstbedienung der eigenen Parteigenossen statt Generationengerechtigkeit für Baden-Württemberg: das ist das Motto der Personalpolitik dieser Regierung.

### **Keine Rede mehr von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit**

Von strukturellen, dauerhaft wirksamen Einsparungen ist plötzlich keine Rede mehr, weder für 2011 noch für 2012. Die Reden der Oppositionszeit scheinen vergessen. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in der Haushaltswirtschaft sind auf eine fernere Zukunft vertagt. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes auch in der baden-württembergischen Landesverfassung zu verankern, früher eine ständig wiederkehrende Forderung des Abgeordneten Kretschmann, scheint nicht mehr opportun.

Die Aussagen der Landesregierung, das Verschuldungsverbot des Grundgesetzes erst zum letztmöglichen Termin 2020 einzuhalten, stellt das Land auf eine Stufe mit den Oberschuldenmachern dieser Republik. Das hat Baden-Württemberg nicht verdient. Wir jedenfalls halten daran fest, die Schuldenbremse des Grundgesetzes und das harte Schuldenreglement, das wir 2008 in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen haben, jetzt auch in der Landesverfassung zu verankern, und das nicht erst mit Wirkung ab 2020, sondern sofort. Im März wird es im Landtag zum Schwur kommen.

Und zum Schwur kommen wird es auch bei der Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung 2011 – 2015, die zeigen wird, ob die Landesregierung die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung ernst nimmt und erste Tilgungsraten für die Kreditaufnahme des Krisenjahres 2010 einplant.

### **Steuererhöhungen trotz eines Rekordniveaus bei den Steuereinnahmen**

Die Grunderwerbsteuer wurde um mehr als 40 Prozent erhöht, von 3,5 auf 5%. Das belastet insbesondere junge Familien. Denn sie sind es, die oft für eine eigene Wohnung oder ein kleines Häusle hart sparen, um für die Zukunft vorzusorgen. Gerade bei jungen Familien ist die finanzielle Situation oft angespannt, die Finanzierung der eigenen vier Wände auf Kante genäht. Und genauso leidet die mittelständische Wirtschaft. Die dringend benötigten Fachkräfte werden vom Zuzug abgeschreckt, anstehende Betriebsübergaben werden erschwert. Die Grunderwerbsteuererhöhung trifft auch die Kommunen Baden-Württembergs, die in einem harten überregionalen Wettbewerb mit Kommunen in angrenzenden Bundesländern wie Hessen und Bayern stehen. Dort beträgt die Grunderwerbsteuer weiterhin 3,5 % vom Kaufpreis.

Und dann verwendet Grün-Rot das Mehraufkommen aus der Grunderwerbsteuererhöhung (geschätzt 355 Millionen für 2012) nicht vollständig zur Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern, sondern zweigt 25 Millionen für die Wohnraumförderung ab, getreu dem Motto aller Staatsgläubigen, dass es besser sei, den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen und es ihnen anschließend in Teilen zurückzugeben, als dieses Geld den Bürgern zur Verwendung in eigener Verantwortung zu belassen.

Viele Kommunen in Baden-Württemberg haben die Mehreinnahmen fest eingeplant und werden vergeblich auf die Zuflüsse warten. Das Land ist damit kein verlässlicher Partner der Kommunen.

Das, was Grün-Rot für den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern in der Koalitionsvereinbarung vollmundig in Aussicht gestellt hat, bleibt zu großen Teilen unbearbeitet: Zwar steigen die Zuweisungen des Landes für den Ausbau der Kleinkindbetreuung stark an. Von einer vollständigen Verbindlichkeit des Orientierungsplans mit einer in den Alltag der Kinderbetreuungseinrichtungen integrierten frühen Sprachförderung ist aber keine Rede mehr. Zudem erweist sich die plakativ angekündigte Beteiligung des Landes an den Kosten der Kommunen für die Schulsozialarbeit als Mogelpackung. Gerade mal 15 Millionen Euro will das Land den Kommunen zur Finanzierung der Schulsozialarbeit bereitstellen. Hier löst sich ein Wahlversprechen von Grün-Rot, wie der Tropfen auf den heißen Stein, sprichwörtlich in Luft auf.

Grün-Rot beherrscht das Geschäft der unseriösen Haushaltspolitik: die Steuern werden kräftig erhöht, das Mehraufkommen mit großem Medienaufwand neu verteilt. Die Landesregierung schafft es dabei nicht, selbst in Zeiten der besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Schuldenberg abzutragen. Sobald sich die konjunkturelle Lage verschlechtert, steuert das Land gnadenlos in die Schuldenmacherei! Für eine seriöse Haushaltspolitik bedarf es einer mühsamen Auseinandersetzung zwischen vorrangigen und nachrangigen Ausgaben. Neue Schwerpunkte im Haushalt müssen durch Umschichtungen und Streichungen an anderer Stelle finanziert werden – diese Kunst der Haushaltspolitik beherrscht Grün-Rot offensichtlich nicht. Diese grün-rote Schönwetterpolitik stößt sofort an ihre Grenzen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr so positiv verläuft, wie es zurzeit der Fall ist.

### **„Wünsch Dir was“ oder Schönwetterpolitik ohne Perspektive**

Zu dieser Schönwetterpolitik passt es, keine ernsthaften Anstrengungen zu unternehmen, den Länderfinanzausgleich im Sinne von mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Leistungsorientierung zu verändern. Eine Klage des Landes, wie sie von der Vorgängerregierung gemeinsam mit Bayern und Hessen vorbereitet worden war, ist unerlässlich, wenn ernsthafte Verhandlungen erreicht werden sollen. Mit einer Strategie des Kuschens statt Kämpfens wird die Landesregierung baden-württembergischen Interessen nicht gerecht.

Und zu dieser Schönwetterpolitik passt es auch, dass die hohen Überschüsse des Jahres 2011 nicht zum Tilgen der Schulden verwendet werden, sondern stattdessen in die Rücklage fließen - ohne klare Zweckbindung und nur, um sie später für beliebige Zwecke verwenden zu können. Über 500 Millionen € Schulden hätten 2011 getilgt werden können.

### **Wirtschaftspolitik findet nicht statt**

Die Zusammenlegung von Finanz- und Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg durch die grün-rote Landesregierung geschah ausschließlich aus koalitionsarithmetischen Überlegungen zu Lasten unseres Landes. Seitdem findet keine Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg mehr statt, die diesen Namen

verdient. Baden-Württemberg ist in Gefahr, seinen Spitzenplatz unter den Bundesländern in Sachen Wirtschaftsentwicklung und Innovation zu verlieren.

Dialogorientierte Wirtschaftspolitik findet nicht statt, obwohl die neue Regierung sich dies als Politikstil auf die Fahnen geschrieben hat. Ansprechpartner der Wirtschaftsorganisationen ist neuerdings die dritte Ebene der Wirtschaftsverwaltung. Das „Superministerium“ entwickelt sich zum „Bürokratiemonster“: Entscheidungsprozesse sind stark verlangsamt, Dienstwege haben sich verdoppelt. Wirtschaftspolitische Entscheidungen unterstehen dem Diktat der Finanzpolitik und der Denkungsart der Finanzbeamten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen von wirtschaftspolitischen Sachverstand getragen sein; aber auch sie können sich gegebenenfalls einem "Diktat der leeren Kassen" nicht entziehen. Während andere Bundesländer ihrem Wirtschaftsministerium einen herausgehobenen Status zumessen, wurde dieses Ressort in Baden-Württemberg zielstrebig marginalisiert.

Statt ein starkes Infrastrukturministerium durch die Zusammenführung der Ressorts Wirtschaft und Verkehr zu schaffen, hat die Landesregierung diese Zukunftschance aus niedrigen koalitionspolitischen Erwägungen verspielt.

### **Der Weg der FDP: Zukunftsfähigkeit statt Schulden- und Gefälligkeitspolitik**

Die bisherige Finanz- und Wirtschaftspolitik von Grün-Rot wirkt konzeptlos, dient grün-roter Klientelbefriedigung und ist im Grunde eine Offenbarung. Wenn der Geldregen der Konjunktur versiegt, steht die Regierung vor den Scherben ihrer Politik.

Die FDP Baden-Württemberg fordert:

- die Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und Umschichtungen im Haushalt, um den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern gleichwohl finanzieren zu können. Hierfür böte sich etwa unter anderem die Umwidmung des Landeserziehungsgeldes an.
- ein Verschuldungsverbot entsprechend den Regelungen der Landeshaushaltsordnung in der Landesverfassung zu verankern - mit Wirkung für den nächstmöglichen Haushalt.
- Haushaltskonsolidierung durch strukturelle Einsparungen.
- Vorsorge für künftige Pensionsleistungen durch Aufstockung der Leistungen an den Pensionsfonds des Landes.
- verbindliche Verabredungen mit den Berufsverbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Wiederaufnahme des Modells flexibler Lebensarbeitszeitkonten mit Einspareffekten von anfänglich etwa 20 Mio. €, die sich jährlich um etwa denselben Betrag erhöhen.
- den Einsatz der noch vorhandenen Rücklage aus Überschüssen des Jahres 2011 (ca. 400 Mio. €) für die Schuldentilgung.

- Gerechtigkeit, Solidarität und Leistungsorientierung im Verhältnis zwischen den Ländern. Wir befürworten deshalb eine Klage des Landes gegen den Länderfinanzausgleich, um Gespräche über einen neuen Finanzausgleich überhaupt zu ermöglichen.
- an den erfolgreichen Kurs der Privatisierung von Landesbeteiligungen, anzuknüpfen, etwa durch die Veräußerung des Landesanteils an der LBBW nach einer erfolgreichen Restrukturierung der Bank und den Verkauf der Anteile des Landes an der EnBW, vorrangig an Stadtwerke und regionale Energieversorger.
- Wirtschaftspolitik wieder zur Chefsache zu machen und dieser zentralen Regierungsaufgabe wieder den Stellenwert einzuräumen, den es in einem wirtschaftlich so starken Land wie Baden-Württemberg dringend innehaben muss.